

Auf dem Trockenen

Dietringen. Es ist eine abenteuerliche Kraterlandschaft, die derzeit nahe des bayrischen Orts Dietringen besichtigt werden kann: Wo sonst der Forggensee ruht, gespeist vom Wasser des Lechs, herrscht derzeit Trockenheit. Der Grund: Jeden Winter wird der größte Stausee Deutschlands um rund 15 Meter abgesenkt, um neues Wasser aufnehmen zu können. Wegen Arbeiten an der Kraftwerksanlage und im Uferbereich wurden dieses Jahr 20 Meter abgelassen. So kommen jetzt auch Besonderheiten, wie die seit vielen Jahren versunkene Tiefental-Brücke (Foto: dpa), zum Vorschein. Die Touristen in der Region freut es – gerade bei dem guten Wetter.



„Schwarzer Donnerstag“: Bahn wollte einlenken

Regierungsbericht zu S-21-Einsatz wirft neue Fragen auf – Wer außer Stefan Mappus hatte Interesse am Polizeieinsatz?

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Allein 101 Ordner mit über 85 000 Seiten Inhalt umfassen die Akten, die das Innenministerium samt nachgeordneten Polizeibehörden dem zweiten S-21-Untersuchungsausschuss bislang übersandt hat. Darin wurde jetzt eine zumindest interessante, vielleicht höchst brisante Entdeckung gemacht, die Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) belasten könnte.

Die Deutsche Bahn als Bauherr von Stuttgart 21 hatte wenige Tage vor dem blutigen Polizeieinsatz am 30. September 2010 gegenüber Vertretern der damaligen Regierung von Stefan Mappus eine spätere Räumung des Schlossgartens für die Baumfällarbeiten ins Spiel gebracht. Das geht aus dem internen Bericht der grün-

roten Landesregierung für den S-21-Ausschuss im Landtag hervor, der dieser Zeitung vorliegt. Das Gremium geht der Frage nach, ob Mappus politischen Einfluss auf den Einsatz genommen hat, was der CDU-Politiker verneint.

Der Regierungsbericht weckt indes neue Zweifel an Mappus' Version. Nach Notizen eines seiner Abteilungsleiter hatte ein Vertreter der DB-Projektbau in einer Besprechung im Umweltministerium am 27. September 2010 angemerkt, dass die Fällarbeiten bezogen auf die Bauplanung auch „deutlich später“ erfolgen könnten.

Zudem hatte der damalige Landespolizeipräsident Wolf Hammann am 29. September 2010 in einer E-Mail an den Stuttgarter Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf vorgeschlagen, den Einsatz am 30.

September abzublenden, da der Fälltermin durchgesickert war.

Damit stellt sich aus Sicht von Grün-Rot die Frage, ob es nicht doch Druck aus der Regierungszentrale gab. Mappus könnte großes Interesse daran gehabt haben, den Großeinsatz vor seiner für den 6. Oktober 2010 terminierten Regierungserklärung zu Stuttgart 21 und weit vor den Landtagswahlen im März 2011 durchzuziehen. Bei den Auseinandersetzungen am „Schwarzen Donnerstag“ sind 130 Stuttgart-21-Gegner und 34 Polizisten verletzt worden.

Belege für eine unmittelbare politische Einflussnahme liefert indes auch der Regierungsbericht nicht. Die Aktenlage spreche aber dafür, dass auf einen früheren Polizeieinsatz zur Sicherung des Abrisses des Nordflügels des Bahnhofs im

August 2010 „politisch Einfluss genommen wurde“, heißt es in dem Bericht. Denkbar sei, dass sich die politische Ebene dadurch „darin ermutigt gesehen hat, sich auch in anderen Fällen im Zweifel gegen polizeifachliche Argumente durchzusetzen“, heißt es weiter. Denkbar sei aber auch das Gegenteil.

Ob sich eine mögliche direkte Einflussnahme von Mappus oder Getreuen auf den Einsatz überhaupt nachweisen lassen würde, dürfte indes von anderen Akten abhängen. Aber die E-Mails von Mappus' Account im Staatsministerium und von dem der damaligen Verkehrsministerin Tanja Gönner hat die Regierung dem Ausschuss nicht übergeben. Ob das Gremium sie je erhalten wird, ist offen – datenschutzrechtliche Bedenken sprechen dagegen.

CDU liebäugelt noch mit einem Ausschuss

NSU-Aufarbeitung: Grün-Rot einig bei Enquete-Details

Von Sören S. Sgries

Stuttgart/Heidelberg. Die Enquete-Kommission zum Rechtsextremismus in Baden-Württemberg wird kommen – darüber sind sich die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen einig. Seit gestern ist die „Feinabstimmung“ abgeschlossen, wie aus Fraktionskreisen bestätigt wurde. Zumindest Grüne und Rote sind sich einig, wie die genauen Arbeitsaufträge aussehen sollten. Die Aufarbeitung der NSU-Mordserie und rechtsextremer Strukturen im Land steht ebenso auf dem Plan wie der Blick in die Zukunft, die Forderung, „Handlungsstrategien“ aufzuzeigen.

Unklar bleibt jedoch, ob es – als wichtiges Signal – eine parteiübergreifende Einsetzung der Kommission geben wird. Grün-Rot würde das begrüßen, die Opposition hält sich noch bedeckt. Ihr wurde der genaue Entwurf aber auch erst am Montagabend zugesandt.

Strittig ist vor allem die Frage, ob es nicht doch einen Untersuchungsausschuss des Landtags zum NSU-Terror geben müsse. „Wir halten uns noch alles offen“, hieß es gestern aus der CDU-Fraktion. Man könne der Enquete zustimmen, aber auch einen Ausschuss fordern.

Untersuchungsausschuss „bleibt auf dem Tisch“

„Es kommt uns darauf an, dass wir das Thema umfassend angehen“, erklärte eine Fraktionssprecherin. Auch müsse man den Extremismus „rechts wie links“ im Auge behalten, sagte sie.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke erklärte, ein Sonderausschuss wäre „das geeignetste Instrument“ zur Aufarbeitung der NSU-Morde. „Dagegen halten wir eine Enquete-Kommission für das ungeeignetste Instrument – da wäre mir ein Untersuchungsausschuss lieber als eine Enquete.“

Hans-Ulrich Scerl, innenpolitischer Sprecher der Grünen, sagte: „Es wird Gespräche geben über einen möglicherweise gemeinsamen Einbringungsantrag“. Einvernehmen sei „parlamentarisch schön, aber keine zwingende Voraussetzung“ für eine Aufarbeitung des Rechtsextremismus. „Die Option Untersuchungsausschuss bleibt auf dem Tisch“, kündigte Scerl insbesondere mit Blick auf mögliche neue Erkenntnisse an, die der Münchner NSU-Prozess bringen könne. Vorerst sei aber die Enquete gesetzt, auch wenn sie nicht so weitreichende Rechte habe.

Einer Verknüpfung mit dem Kampf gegen Linksextremismus – wie von der CDU gewünscht – erteilte Scerl eine Absage. „Die NSU-Morde waren so einschneidend, dass kann man nicht auf eine Stufe heben – Linksextremismus passt nicht in diese Enquete-Kommission“. Auch ein SPD-Fraktionssprecher erklärte, „das macht im Kontext NSU keinen Sinn“. Er appellierte aber dennoch an die Opposition, dass sie sich „in guter parlamentarischer Tradition“ dem Antrag anschließe: „Der Ball liegt jetzt insbesondere bei der CDU-Fraktion.“

NACHRICHTEN

FDP-Fraktionschef Rülke verteidigt Grußwort bei Bildungsplangegnern

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke (Foto: dpa) hat sein Grußwort bei einer Demo von Gegnern des Bildungsplans am Samstag in Stuttgart verteidigt. Natürlich stimme er nicht mit allen Organisatoren der Demo überein, sagte Rülke am Montag. Ihm sei es lediglich darum gegangen, „die Position der Fraktion in der Öffentlichkeit darzustellen“. Daher habe er sein Einverständnis dafür erteilt, seinen Brief bei der Kundgebung vorzulesen.

Landtagssanierung liegt im Zeitplan
Die Generalsanierung des alten Landtagsgebäudes in Stuttgart liegt bislang im Zeitplan, wie das Amt Vermögen und Bau mitteilte. Man liege „im vorgesehenen Kostenrahmen von 52,1 Millionen Euro“, hieß es. Ziel sei, dass die Abgeordneten nach der Landtagswahl 2016 zurückkehren.

Lehrer werden neu verteilt

Grüne wollen in Modellregionen mit „Pro-Kopf-Zuweisungen“ die Betreuung verbessern

Von Julia Giertz

Stuttgart. Die Ressourcen für die Schulen im Südwesten werden nach Ansicht der Grünen im Landtag nicht optimal gesteuert. Trotz des bundesweit besten Verhältnisses von Lehrern zu Schülern werde die Unterrichtsversorgung vor Ort als nicht ausreichend empfunden, sagte die Grünen-Bildungspolitikerin Sandra Boser in Stuttgart. Sie erinnerte daran, dass die Ausgaben des Landes pro Schüler und Jahr von 2010 noch 3475 Euro auf 4236 Euro in diesem Jahr angewachsen seien – das sei ein Plus von 18 Prozent. „Die Unterrichtsversorgung hat sich aber nicht so verbessert, wie wir das erwartet hatten.“

Möglicherweise müsse die derzeit an Klassen orientierte Lehrzuweisung umgestellt werden, betonte Boser. Diese Methode führe zu Ungerechtigkeiten. Denn Schulen mit großen Klassen schnitten dabei schlechter ab als solche mit kleinen Klassen. „Wir wollen prüfen, ob eine veränderte Lehrerteilung nach

Köpfen diese Ungerechtigkeiten abstellen könnte“, sagte Boser.

Die Fraktion habe in Kooperation mit der Grünen-Arbeitsgemeinschaft Bildung deshalb dem Kultusministerium vorgeschlagen, vier Modellregionen zu etablieren, für die sich die 21 staatlichen Schulämter bewerben können. Ziel sei eine Ressourcen-Garantie für jeden Schüler von 100 Prozent Pflichtunterricht inklusive möglicher Zuschläge für Ganztagsbetrieb, sechs Prozent Ergänzungsbereich und 2,5 Prozent Krankheitsreserve.

Mit einer Garantie von 108,5 Prozent verbessere sich das Schüler-Lehrer-Verhältnis bis zum Jahr 2020 von heute 14,1 zu 1 auf 13,2 zu 1. Die staatlichen Schulämter sollen regionale Budgets erhalten, um kleinen Schulen im Bedarfsfall unter die Arme zu greifen. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Schulen mit Pro-Kopf-Zuweisungen flexibler Lerngruppen für individualisiertes Lernen bilden könnten. Überdies werde der künftige Bedarf an Lehrkräften planbarer, so Boser.

Gute Erfahrungen mit solchen Modellen gebe es bereits in Bayern und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg sei man Anfang der 1990er Jahre von der Pro-Kopf- auf die Klassenzuweisung umgestiegen. „Mit rückläufigen Schülerzahlen ist denkbar, dass wir wieder auf das alte System zurückgehen“, meinte Boser. Das Kultusministerium kündigte an, den Vorschlag der Grünen für einen Modellversuch zu prüfen. „Es geht darum, ob der Ressourceneinsatz auf diese Weise tatsächlich effizienter wäre, so dass die Schulen davon Vorteile hätten“, erklärte ein Sprecher.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Georg Wacker, sagte: „Im Bildungsbereich ist die Landesregierung ohne jeglichen Plan gestartet, nur mit dem Ziel, ihre Ideologie umzusetzen.“ Die Ungerechtigkeiten bei der Lehrerteilung entstünden durch die Privilegierung der Gemeinschaftsschule und somit der Benachteiligung der etablierten Schularten, besonders der Realschulen.

„Baden-Baden ist in Russland ein Mythos“

Der Kurort am Rande des Schwarzwalds lebt seit über 100 Jahren gut mit den Gästen aus dem Osten – Sanktionen könnten „wehtun“

Von Susanne Kupke

Baden-Baden. Baden-Baden hat neuerdings de facto zwei russische Partnerstädte: Sotschi und Jalta. Letztere liegt auf der Insel Krim. Die gehört zwar eigentlich zur Ukraine, ist aber seit kurzem von Russland annektiert. Im Badi-schen sieht man das ganz pragmatisch. Der Kurort liebt seine Russen.

Schließlich waren es neben den Franzosen die Russen, die den Ort im 19. Jahrhundert zur Berühmtheit verhalfen: Damals weilten Dichter wie Fjodor Dostojewski, Iwan Turgenjew, Lew Tolstoj, Nikolai Gogol oder Wassili Schukowski in der Kurstadt. Auch viele Adelige und drei Zaren kamen nach Baden. Mögliche Sanktionen gegen Russland oder eine Ausweitung der Reisebeschränkungen betrachtet man mit Sorge – die könnten den 50 000-Einwohner-Ort am Rande des Schwarzwalds empfindlich treffen.

Rund 18 800 russische Gäste zählte Tourismus-Chefin Brigitte Goertz-Meissner allein im vergangenen Jahr. Das sind zwar nur fünf Prozent der Ankünfte, aber die 80 000 Übernachtungen stellen mehr als acht Prozent der Nächtigungen. Russen sind bei Hoteliers be-

liebt, weil sie länger bleiben, teurere Suiten buchen und „im Schnitt mehr Dienstleistungen konsumieren als andere Gäste“, heißt es in Brenners Parkhotel. 15 Prozent der Gäste in der Nobelparkherberge sind aus Russland und Weißrussland.

Früher kamen die Russen der heißen Quellen und der berühmten Spielbank wegen. Im Casino verspielte Dostojewski 1867 sein Geld und auch den Ehering seiner frisch Angetrauten. Er kehrte frustriert den deutschen „Wucherern, Schurken und Betrügnern“ den Rücken.

Heute überwiegt der Gesundheitsaspekt, der nach Beobachtung der Tourismus-Chefin die „gebildete mittlere und obere Schicht“ anzieht. Vom allgemeinen Check bis zur Zahnsanierung – Ärzte, Kurkliniken, Händler, Boutiquen und Hotels haben sich auf die teils ausgesprochen wohlhabende Klientel ein-



Beliebtes Ziel: das Kurhaus mit dem Casino.



Umworbene Kunden: Selbst Apotheken in Baden-Baden sprechen russische Gäste gezielt an. Fotos: dpa

gestellt. Verkäuferinnen und Arzthelferinnen sprechen russisch, auch Apotheken und Boutiquen heißen die Kundschaft in ihrer Heimatsprache willkommen.

Ob im Casino, in Hotels oder bei den russischsprachigen Führungen von Renate Effern: Noch ist hier von der Krim-Krise nichts zu spüren. „Es kommen nicht nur Steinreiche, sondern auch viele aus der Mittelschicht“, betont die Vorsitzende der Turgenjew-Gesellschaft. Den „Kurort“ kennen sie schon aus der Schule – über ihre Dichter. „Baden-Baden ist in Russland ein Mythos“, sagt Effern.

Manche haben sogar ihren Altersruhesitz in den „russischsten Ort Deutschlands“ verlegt. Allein 2012 kauften Russen hier Immobilien für 66,2 Millionen Euro. Makler Peter Bereit schätzt, dass er 60 bis 70 Prozent des Umsatzes mit Russen macht. Sie restaurieren oft Villen liebevoll. „Die Russen sind ein Gewinn für die Stadt“, schwärmt Effern.

Würden sie wegbleiben, würde das „eine entsprechend nachlassende Nachfrage bedeuten“, schätzt Goertz-Meissner. Sanktionen würden wehtun, aber die Stadt nicht existenziell gefährden, sagt Rathauschef Wolfgang Gerstner (CDU): „So russisch sind wir nun auch wieder nicht.“

Für die Inklusion fehlen 4000 Stellen

Stuttgart. (lsw) Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern erfordert laut Medienberichten langfristig fast 4000 neue Stellen für Lehrer und Sonderpädagogen. Kultusminister Andreas Stoch (SPD) kalkuliert demnach für die Umsetzung der sogenannten Inklusion an allgemeinbildenden Schulen rund 2600 Stellen und an beruflichen Schulen knapp 800 Stellen ein. So heißt es unter Berufung auf ein Eckpunktepapier des Ministeriums. Hinzu kämen rund 440 Lehrer, um das Defizit an Sonderschulen auszugleichen. Weitere 50 Stellen müssten für die Abordnung von Lehrern in die Schulverwaltung einkalkuliert werden.

Dem Bericht zufolge ist ein stufenweiser Ausbau geplant. Für 2015 rechnet das Ministerium danach mit 927 neuen Stellen, für 2016 mit weiteren 436. Die Privatschulen würden mit Zuschüssen berücksichtigt. Für das Schuljahr 2014/15 sei eine Überbrückungsregelung mit 250 neuen Stellen geplant.

Das Ministerium wollte dazu nicht Stellung nehmen. Die grün-rote Landesregierung plant, einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im gemeinsamen Unterricht mit nicht-behinderten Schülern gesetzlich zu verankern.